

Knut Krusewitz

Der Griff nach dem Weltklima

Zur friedenswissenschaftlichen Kritik westlicher Klimapolitik

*Dieser Beitrag erschien in:
Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung, Hrsg., Die Neue Weltordnung in der Krise.
Friedensbericht 2008, S. 63-79*

1. Einführung

Die von Friedensforschern¹ bislang geführte Debatte über Zusammenhänge zwischen Friedenswissenschaft und Klimawandel, zwischen Friedens- und Klimapolitik, steht noch am Anfang eines *Problemidentifizierungsprozesses* und ist nicht in der Situation, über *Problemlösungen* befinden zu können. Warum sich dies Verhältnis als Vorteil erweisen könnte, versuche ich mit diesem Beitrag zu begründen.

1.1 Kritik des herrschenden Klimaverständnisses

Nach Einschätzung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimafragen (IPCC)² bilden seine periodischen Sachstandberichte „weltweit die Standardreferenz für alle mit der Klimaänderung beschäftigten Hochschulen, Regierungen und Industrien. [Der] IPCC führt keine neue Forschung durch, sondern erarbeitet politisch relevante Beurteilungen der existierenden Literatur zu den wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Aspekten der Klimaänderung.“³ Politisch relevante Beurteilungen der Literatur zu den sozioökonomischen Aspekten der Klimaänderung? Was die Verfasser des jüngsten Sachstandberichts als sozioökonomische Aspekte der Klimaänderung deklarierten, nach welchen Kriterien sie die Auswahl der sozioökonomischen Literatur trafen und die Bedeutung ihrer politische Relevanz ermittelten, begründen sie nicht. Zur sozioökonomischen Literatur rechnen sie anscheinend die jährlichen *UNDP-Human Development Reports*⁴ so wenig, wie Studien mit emanzipatorisch-kritischem Anspruch, die zum Verständnis der politischen, ökonomischen und militärischen *Ursachen* des Klimawandels beitragen.

Der Grund für ihre selektive Literaturlauswahl ist durchsichtig. Ihnen dürfte seit Gründung des IPCC (1988) bekannt sein, warum die Art der Fragestellung darüber entscheidet, ob ihre Sachstandberichte potenziell mit herrschenden politischen und wirtschaftlichen Klimainteressen kollidieren. Zum politisch brisanten Thema wird der globale Klimawandel, wenn Problemlösungskriterien formuliert werden, die strukturpolitische Reformprogramme implizieren⁵. Dauerhaft tragfähige Klimapolitik lässt sich jedoch nur „verwirklichen, wenn sie

¹ Aus Platzgründen wähle ich die verkürzte Schreibweise (Forscher), nicht die vollständige (Forscher und Forscherinnen). Dadurch kann der Eindruck entstehen, die klimawissenschaftlichen Arbeiten von Kolleginnen würden unterschlagen. Ich versichere deshalb, dass sie mir bewusst sind.

² IPCC ist das Akronym für Intergovernmental Panel on Climate Change.

³ Österreichisches Umweltbundesamt u.a., Hrsg., Vierter Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC): Klimaänderung 2007. Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger, Wien 2007, S. IV.

⁴ UNDP ist das Akronym für United Nations Development Programme; deutsche Ausgaben seit 1990: www.uno-verlag.de

⁵ Küppers, Günter et. Al., Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1978, S. 259.

geplant wird. Marktkräfte oder andere unbewusste und ungesteuerte Phänomene⁶ können die globalen Klimaprobleme nicht lösen.

Die neue Weltlage nach Ende des Kalten Krieges bot dem IPCC die Chance, ein Klimaplanungs-Modell zu entwickeln, mit dessen Hilfe *alle wesentlichen* auf das Weltklima einwirkenden Strukturprobleme⁷ erfasst, in ihrer Wechselwirkung dargestellt und praxisverändernd begründet werden können. Dies anspruchsvolle Projekt konnte - oder sollte - der IPCC nicht entwickeln, weil westliche Wirtschafts-, Klima- und Sicherheitspolitiker zur gleichen Zeit (1990-1991) ihre neoliberale Klimazielpolitik konzipierten, mit der sie dann die Verhandlungen zur UN-Klimarahmenkonferenz⁸ und ihres *Kyoto-Protokolls*⁹ bestritten. Die Klimarahmenkonferenz war für den Kyoto-Prozess von Bedeutung, weil „darin Ziel sowie Grundsätze und grundlegende Verpflichtungen verankert waren. Außerdem gab sie Verfahren und Institutionen vor, die den Rahmen für politisches und diplomatisches Handeln boten.“¹⁰

Friedenswissenschaftler der *Schlaininger Schule* müssen Regierungen und Industrien unter den strukturierenden Zwängen des Klimoliberalismus keine Sachstandberichte vorlegen, weshalb sie die Freiheit zur konkurrierenden Wahrnehmung, Aufarbeitung und Interpretation der globalen Klimaproblematik haben.

1.2 Zur Klimaforschung im Kalten Krieg

Über *naturwissenschaftliche* Beziehungen zwischen Energieumsätzen, Treibhausgasen¹¹, gefährlichen Veränderungen des Klimasystems¹² und Klimawandel¹³ begannen US-amerikanische Meteorologen und Atmosphärenchemiker bereits in den 1960er Jahren zu forschen.¹⁴ Konservative US-Umweltökonomien entwickelten zur gleichen Zeit ein Erklärungs- und Lösungsmodell für die Existenz von Umwelt- und Klimaproblemen in Marktökonomien. Als Lösung forderten sie einen umweltpolitischen Strategiewechsel, die Ablösung staatlicher Umweltplanung durch Einführung marktkonformer Instrumente, namentlich den Einsatz übertragbarer Emissionsrechte (Emissionszertifikate).¹⁵

⁶ European Commission, ed., *European Sustainable Cities*. Report by the Expert Group on the Urban Environment, Brüssel 1996, p.239.

⁷ Auf einige dieser Strukturprobleme wird in diesem Beitrag verwiesen.

⁸ Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (engl. Akronym: UNFCCC), der Text der findet sich in *International Legal Materials*, Vol. 13, New York 1992, S. 851 ff.

⁹ Oberthür, Sebastian/Hermann E. Ott, *Das Kyoto-Protokoll*. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert, Opladen 2000

¹⁰ Oberthür, Sebastian/ Hermann E. Ott, a.a.O. (s. o. Anm. 7); S. 63; S. 64-74 detailliert zu Ziel, Grundsätzen, Verpflichtungen, Institutionen und Verfahren.

¹¹ Treibhausgase bezeichnen sowohl natürliche als auch gesellschaftlich erzeugte gasförmige Bestandteile der Atmosphäre, die infrarote Strahlung absorbieren und wieder abgeben. Von überragender klimapolitischer Bedeutung ist der seit Jahrzehnten stetig steigende Anteil der ausschließlich gesellschaftlich erzeugten Treibhausgase.

¹² Das Klimasystem besteht aus den fünf Hauptbestandteilen *Atmosphäre, Hydrosphäre, Kryosphäre, Biosphäre*, der Landoberfläche sowie den Wechselbeziehungen zwischen diesen Bestandteilen.

¹³ Klimawandel ist definiert als eine statistisch signifikante Abweichung entweder vom mittleren Klimastatus oder von seiner Schwankungsbreite, die über einen längeren Zeitraum hinweg (üblicherweise Jahrzehnte oder mehr) anhält; aus *naturwissenschaftlicher Sicht* wird das Klima wesentlich beeinflusst von wetterbestimmenden physikalischen Prozessen der Atmosphäre sowie durch biologische und chemische Kreisläufe, von denen die Verteilung der treibhauswirksamen Gase im globalen Klimasystem auch abhängt.

¹⁴ Hampicke, Ulrich, „Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung“, in: *Das Argument*, Jg. 17, H. 9/10 (November) 1975, S. 805.

¹⁵ Bonus, Holger, „Darstellung und Bewertung der neuen flexiblen Auflagen-Konzepte der US-Reinhaltepolitik“, in: Hans-Georg Pohl, Hrsg., *Saubere Luft als Marktprodukt*. Shell-Umweltsymposium Bonn 1983, Stuttgart 1983, S. 53-82; das Symposium ging auf Initiative des Herausgebers, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Shell, zurück.

Solche frühen Beiträge zur Klimaforschung stießen wegen der Ost-West-Gegensätze außerhalb der USA nur in der Bundesrepublik Deutschland auf nennenswerte Resonanz.¹⁶

In dieser Epoche herrschte zwischen NATO und WVO¹⁷ ein Bedrohungs- und Abschreckungsverhältnis, das zwar in den jeweiligen Bündnissen beachtliche Forschungen über Veränderungen des Klimasystems durch atomare Kriege¹⁸ ermöglichte, aber keine über den Klimawandel, der durch das „System einer globalen Polarität der zwei großen außereuropäischen Mächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion“¹⁹ verursacht wurde.

Auf diesem Hintergrund scheiterten auch die verdienstvollen Bemühungen der Vereinten Nationen, intersystemare Klimaforschungen in entspannungspolitischer Absicht²⁰ oder gar mit friedensfördernden Themenstellungen zu fördern.²¹

Einen rasanten Bedeutungszuwachs der westlichen Klimaforschung ermöglichte erst die Sowjetunion, weil sie einseitig den Systemkonflikt beendete, der nun nicht mehr als organisierendes Prinzip westlicher Klimapolitik behauptet werden konnte. Die dadurch begründete Erwartung, die neue Weltlage würde den Westen veranlassen, sich dauerhaft für eine friedensfähige Entwicklungs- und Klimapolitik zu engagieren, erwies sich jedoch als irrig.

2. Ökonomischer Griff nach dem Weltklima

2.1 Rationale oder neoliberale Klimapolitik?

Von strategischer Bedeutung für die weltweiten Bemühungen, den Treibhauseffekt zu begrenzen, wurde die 1992 im Rahmen der *Rio-Konferenz* der Vereinten Nationen verabschiedete Klimarahmenkonvention. Darin wurde die Frage der globalen Klimaveränderungen zum *common concern of mankind* erklärt.

Dieser Rechtsstatus besagt, der Schutz dieses natürlichen Kollektivgutes müsse „einem internationalen Bewirtschaftungssystem unter Obhut einer globalen Kommission unterstellt“ werden, die eingegangene Verpflichtungen der Vertragsparteien „quasi treuhänderisch für die Weltgemeinschaft“ wahrnimmt.²² Die Rechtsfigur des *common concern of mankind* war erstmals von Bedeutung bei den Verhandlungen zur *Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen* (1972). Damals forderten die sozialistischen Staaten und einer Mehrheit der Entwicklungsländer, natürliche Kollektivgüter wie das Weltklima „in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen des Friedens und der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung [...] sorgfältig zu planen“. „Ein wesentliches Instrument“, um gegebenenfalls

¹⁶ Krusewitz, Knut, „Ware Natur. Umweltschutz und Profitinteresse“, in: B. Ronstein, Hrsg., Politik der Wende. Bilanz-Kritik-Alternativen, Hamburg-Zürich 1985, S. 156-176.

¹⁷ Akronym für Warschauer Vertrags-Organisation.

¹⁸ Beispielhaft: Schwedische Akademie der Wissenschaften, Hrsg., Nach dem Atomschlag. Ein Sonderbericht von AMBIO - Zeitschrift zu Umweltfragen der Menschheit, Frankfurt/Oxford/New York/Toronto/Sydney/Paris 1983; Mark A. Harwell et. al., Nuclear Winter. The Human and Environmental Consequences of Nuclear War, New York/Berlin/Heidelberg/Tokyo 1984.

¹⁹ Barraclough, Geoffrey, „Vom europäischen Mächtegleichgewicht zum Zeitalter der Weltpolitik“, in: Ernst Schulin, Hrsg., Universalgeschichte. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 72, Köln 1974, S. 349-376.

²⁰ Krusewitz, Knut, „Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 24, H. 12 (Dezember) 1979, S. 1425-1429.

²¹ United Nations Environmental Programme (UNEP), Umwelt – Weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (1972-1982), Berlin (West) 1983.

²² Schmidt, Reiner, Einführung in das Umweltrecht, 5. Aufl., München 1999, S. 207.

widersprüchliche Erfordernisse von Entwicklung und Klimaschutz in Einklang zu bringen, sei „rationale Planung.“²³

Dies friedensrelevante Planungs- und Entwicklungsverständnis setzten westliche Regierungen und die mit der Klimaänderung beschäftigten *Transnationale Unternehmen* nach 1990 geräuschlos von der Agenda der Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention ab. Sie nutzten diese Verhandlungen dann, um die zukünftige Weltklimapolitik den Regeln einer Wirtschaftsdoktrin unterzuordnen, die Märkten den Status „gesellschaftlicher Definitionszentren“ verlieh, die Marktökonomie zur „Leitwissenschaft“ erhob und ihren „Denkformen [...] alle Wissens- und Lebensbereiche“ unterwarf.²⁴

Maßgebliche Neoliberale im internationalen Wirtschafts-, Politik-, und Wissenschaftsbetrieb

- erhoben den Klimaliberalismus zur Leitwissenschaft,
- beeinflussten mit dessen Denkformen das natur- und sozialwissenschaftliche Verständnis vom Klimawandel,
- unterwarfen die internationalen Klimaverhandlungen marktdogmatischen Systemzwängen und ihrer Sachzwanglogik und
- prägten dadurch Ziele und Inhalte der völkerrechtswirksamen UN-Klimavereinbarungen.

Derart regredierte Klimawissenschaft und Klimapolitik auf Glaubenssätze der neoliberalen Weltanschauung.

Dem Klimaliberalismus ist folglich nicht nur ein besonderes Ökonomieverständnis eigentümlich, sondern auch ein Macht- und Führungsanspruch, dessen gewaltförmige Folgeerscheinungen von erheblichem friedenswissenschaftlichem Belang sind.

2.2 Klimaliberale dominierten internationale Klimaverhandlungen

Die USA traten den Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention bei mit ihrem neoliberalen Konzept aus der Zeit des Kalten Krieges, das rechtlich verbindliche Emissionsziele mit Hilfe flexibler und kostengünstiger Lösungen auf marktwirtschaftlicher Basis erreichen sollte. Als solches Lösungskonzept propagierten sie die Vereinbarung eines *weltweiten Emissionshandelsystems*. Die Möglichkeit, mit Treibhausgas-Emissionen zu handeln, war von zahlreichen Bedingungen abhängig, von denen hier nur zwei interessieren:

- Treibhausgase mussten Warencharakter annehmen - zum „Wirtschaftsgut“ mutieren
- und es war erforderlich, die Emissionsmenge der Treibhausgase zu quantifizieren.

Die erforderliche Obergrenze ließ sich aus systemimmanenten Gründen allerdings nicht marktökonomisch begründen, sondern musste politisch ermittelt und staatlich verrechtlicht werden. USA und EU-Mitgliedstaaten ratifizierten das *Kyoto-Protokoll* (1997)²⁵ erst, als ihnen die Möglichkeit zugestanden wurde, einen wesentlichen Teil ihrer quantifizierten Emissionsreduktionsziele über den Handel zu erfüllen.

Völkerrecht wurde zum Instrument, das die machtvermittelte westliche Klimapolitik legitimiert. Es soll dadurch ihre Vergesellschaftung durch den Preismechanismus erleichtern, mit dem eine neoliberale Weltklimaordnung im Sinne zunehmender Inwertsetzung der Natur erreicht

²³ Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 „Resultate“, in: Beiträge zur Umweltgestaltung, Bd. A 10, Berlin (West), 1973, S. 163 ff.;

²⁴ Mark-Ungericht, Bernhard, „Der Kampf um die (De-)Regulierung internationaler Wirtschaftstätigkeit - Über das schwierige Verhältnis zwischen Transnationalen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen“, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Hrsg., Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg, 2. Aufl., Münster 2006, S. 257.

²⁵ Oberthür/Ott, Das Kyoto-Protokoll... (s. o. Anm. 14), S. 247.

werden soll. Auf diesem Hintergrund verbreiten die Klimaliberalen die Illusion, der Emissionshandel löse das globale Klimaproblem in der monetären Form der Ökonomie auf.

Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, auf die umfangreichen Probleme einzugehen, die in den folgenden Jahren durch die technische Ausgestaltung des Emissionshandels entstanden²⁶; über seine *friedensrelevanten Modellannahmen* wird im folgenden Kapitel indes noch zu reden sein.

In nur sechs Jahren war es der *Triade*²⁷ gelungen, die intersystemaren Bedingungen der Klimapolitik des Kalten Krieges in den Klimakapitalismus der neoliberalen Globalisierung zu transformieren. Und um den Rest der Menschheit an der Entwicklung dieses beeindruckenden Projekts teilhaben zu lassen, versprach US-Präsident George W. Bush in seinem Vorwort zur *National Security Strategy 2002*: „We will actively work to bring the hope of democracy, development, free markets, and free trade to every corner of the world.“²⁸

Der Einfluss des Westens auf die Gestaltung der internationalen Klimapolitik wird durch den Kyoto-Prozess zunehmen, weil er die „Ausweitung des Anwendungsbereichs von marktwirtschaftlichen Mechanismen wie z.B. Emissionshandel“²⁹ beschleunigt, eine Bedingung, die dem Westen den *Griff nach dem Weltklima*³⁰ erleichtert. Seine Herrschafts- und Entscheidungseliten müssen dies Ziel verfolgen, weil ihr Gesellschafts-, Wirtschafts- und Militärsystem das einzige ist, dem eine säkulare Wachstumsdynamik und ein atmosphärisch-interplanetarischer Expansionsdrill immanent sind.³¹

Die friedenswissenschaftliche Konsequenz lautet: Sie können die marktdogmatischen Systemzwänge ihres kapitalistischen Wachstums- und bürgerliches Wohlstandsmodells - die auch ihre Klimainteressen dauerhaft privilegieren -, nur durch eine machtgestützte *Weltklimapolitik* verteidigen. Darauf komme ich weiter unten zurück.

3. Klimaverändernde Emissionen als Friedensthema

3.1 Die Grundannahmen des Klimaliberalismus

Nach den Regeln der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin müssten klimabezogene Produktionsentscheidungen nach Maßgabe individueller Präferenzen getroffen werden, wie es bei allen anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Fall sein soll. Wer anders als die souveränen Konsumenten hätten das Recht, den Zustand des Klimasystems zu bestimmen? Wenn die Marktökonomie folglich generell die Güter produziert, die nachgefragt werden, dann müsste sie auch die Klimaqualität herstellen, die Menschen haben wollen. Und das ist im Fall des

²⁶ Oberthür/Ott, Das Kyoto-Protokoll... (s. o. Anm. 14), S. 248-264.

²⁷ Triade nannte Edzard Reuter, der frühere Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, das Bündnis zwischen USA, Japan und den EU-Staaten; ders., „Wider das Schweigekartell der OBERINGENIEURE“, in: DIE ZEIT, Hrsg., Wie teuer ist uns die Natur? Ökonomie und Ökologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 23; in diesem Beitrag verwende ich die Begriffe „Triade“ und „Westen“ synonym.

²⁸ Bush, George W., „Vorwort“ zur U.S. National Security Strategy 2002, Washington 2002, S. 4.; die Bewohner der bereits vom Anstieg des Meeresspiegels bedrohten kleinen Inseln in der Karibik und im Pazifik werden ihr Glück kaum fassen können.

²⁹ IPCC, Hrsg., Klimaänderung 2007: Wissenschaftliche Grundlagen. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, Bern/Wien/Berlin 2007, S. 64.

³⁰ Variation der Titels von Fritz Fischers überragender Studie „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“, Nachdruck der Sonderausgabe 1967, Kronberg 1977.

³¹ Zinn, Karl Georg, Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, Köln 1998, S. 107.

natürlichen Kollektivgutes *Weltklima* nicht möglich. Dies Kollektivgut stellt die Neoliberalen vor Anforderungen, die sie mit marktwirtschaftlichem Instrumentarium nicht bewältigen können.³²

Über die Gründe wird jetzt zu reden sein.

Neoliberale Umweltökonomien erklären den Klimawandel als Problem *negativer externer Effekte* der Privatwirtschaft. Diese Effekte interessieren, weil die Regenerationsfähigkeit des Klimasystems ein Produktionsfaktor ist. Eine unbeeinträchtigte Regenerationsfähigkeit ist ökonomisch ein knappes Gut, für das jedoch kein Preis existiert. Emittiert ein Unternehmen erhebliche Mengen des Treibhausgases CO₂ in die Atmosphäre, verringert es die Regenerationsfähigkeit des Klimasystems, verknappt folglich den Produktionsfaktor. Da kein Preismechanismus dafür sorgt, dass die CO₂-Emission teuer wird, besteht für den Emittenten kein marktlicher Anreiz zur Reduzierung des Treibhausgases. Und weil in Marktsystemen alle Unternehmen ihre Interessen egoistisch verfolgen, wollen sie ihre Kosten minimieren und ihre Gewinne maximieren, weshalb sie, vom Eigeninteresse geleitet, möglichst viele Treibhauskosten externalisieren. Kollektivgüter wie das Klima stehen „im Gegensatz zu marktgängigen Gütern nicht unter dem Schutz des Preissystems. Egoistische Gewinn- und Nutzenmaximierung werden sie daher in einem unkorrigierten Marktsystem rücksichtslos ausbeuten.“³³

Weil die Privatwirtschaft ständig solche negativen externe Effekte verursacht, lässt sich über den Marktmechanismus keine volkswirtschaftlich optimale Allokation³⁴ erreichen. Die Folge ist Marktversagen. Um es zu korrigieren, müssten die Klimaeffekte internalisiert, monetarisiert und den Verursachern angelastet werden (Verursacherprinzip).³⁵ Soweit die Modellannahme.

3.2 Realität

Tatsächlich konnten neoliberale Umweltökonomien die „konzeptionellen und praktischen Schwierigkeiten einer Internalisierung negativer externer Effekte“ nicht überwinden, weil das Konkurrenz-Preissystem diese Effekte aus seinen Funktionsbedingungen hervorbringt.³⁶ Ihre Verursacher verändern jedoch nicht nur das Klima, sondern sie stören durch die Verletzung von Eigentumsrechten immer wieder den Rechtsfrieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, und sie gefährden Gesundheit und Leben.³⁷

Wegen des unlösbaren Internalisierungsproblems wandten sich die Umweltliberalen „verstärkt der Analyse pragmatischerer Instrumente des Umweltschutzes“ zu und untersuchten, auf welche Weise sich solche Effekte, wenn schon nicht vollständig, so wenigstens um „einen bestimmten Betrag“ reduzieren lassen.

Ergebnis: Das „Ausmaß“ dieses bestimmten Betrages „wird nicht mehr durch ökonomische Optimierung wie bei der Internalisierung bestimmt, sondern als ein politisch, staatlich vorgegebenes, den Belangen der Umwelt dienendes Ziel angesehen. Als Näherungsgröße für das Ausmaß der negativen externen Effekte werden die Emissionsmengen von Schadstoffen akzeptiert.“³⁸ Selbst aus neoliberaler Sicht funktioniert Klimapolitik in Marktsystemen also erst,

³² Hampicke, Ulrich, „Kapitalismus und Umwelt“, in: Alternative Umweltpolitik, in: Argument-Sonderband AS 56, Berlin (West) 1981, S. 72ff.

³³ Endres, Alfred, „Wirtschaftspolitische Instrumente im Umweltschutz“, in: Hartwig Donner et. al., Hrsg., Umweltschutz zwischen Staat und Markt, Baden-Baden 1989, S. 270.

³⁴ Zuweisung von Gütern und Faktoren (Kapital, Arbeit) in Hinblick auf Personen und Produktionsprozesse; in Marktwirtschaften wird die A. primär über Güter- und Faktorpreise (Preismechanismus) bestimmt.

³⁵ Endres, Alfred, „Umwelt- und Ressourcenökonomie“, in: Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1996, S. 1123 f.; Streitferdt, Lothar/Andreas Pfnür, „Öko-Controlling“, in: Karl-Werner Hansmann, Hrsg., Umweltorientierte Betriebswirtschaftslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 1998, S. 376 f.

³⁶ Roloff, O., „Der polit-ökonomische Kampf um die Theorie öffentlicher Umweltschutz-Aufgaben und -Ausgaben“, in: O. Roloff/W. Wild, Hrsg., Umweltschutz in öffentlichen Budgets, Regensburg 1986, S. 159.

³⁷ Roloff, a.a.O. (s. o. Anm. 2), S. 184.

³⁸ Endres, „Wirtschaftspolitische...“ (s. o. Anm. 22), S. 272.

wenn der Staat - Eigentümer der Klima-Regenerationsfähigkeit -, die Emissionen zu einem Wirtschaftsgut macht, indem er die Schadstoffmengen politisch festlegt.

Selbstkritische Neoliberale räumten ein, dass ein „unkorrigiertes Marktsystem“ das Klimaproblem nicht löst.³⁹ Sie erwarteten aber von der Internationalisierung marktwirtschaftlicher Mechanismen im Rahmen der UNO-Klimarahmenkonvention und ihres Kyoto-Protokolls die klimaverträgliche Korrektur des Systems. Den Reformprozess müssten Staat und Privatwirtschaft gemeinsam planen. Der Staat solle die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen schaffen, sich auf die *Politik des peripheren Eingriffs*⁴⁰ beschränken. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht waren die staatlichen Maßnahmen so auszugestalten, dass die Internalisierungsleistung der einzelnen Unternehmen nicht durch Auflagen und/oder Abgaben bestraft, sondern durch Zuteilung von Verschmutzungs- oder Emissionsrechten belohnt würden.

Dies Modell verwirklichten die mächtigsten volks- und weltwirtschaftlichen Akteure, die *Transnationalen Unternehmen*, „nicht nur ökonomische, sondern auch gesellschaftliche und politische Schlüsselakteure“.⁴¹ Sie brachten „mit dem Emissionshandel das wichtigste Instrument in der internationalen Klimapolitik auf den Weg“⁴², ein marktkonformes Instrument zur Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen, das nicht zufällig „mit anhaltendem Wirtschaftswachstum und Wohlstand vereinbar“⁴³ ist. Der Optimismus über die Erfolgsbilanz neoliberaler Weltklimapolitik dürfte angesichts ihrer friedensgefährdenden humanitären Konsequenzen nicht lange anhalten.

4. Klimawandel bedroht seine Hauptverursacher

4.1 Westliche Klima- als Sicherheitspolitik vor Kyoto

Konzeptive Militär-, Bedrohungs- und Sicherheitsideologen⁴⁴ nahmen weder *vor* noch *nach* Kyoto an, die prognostizierten Veränderungen des Klimasystems⁴⁵ ließen sich durch private Investitionen in Emissionsrechte und Spekulationen an Klimabörsen bannen. Sie begannen deshalb unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges ihre kriegserprobten Methoden zur Aufklärung von Bedrohungslagen an die Anforderungen der neuen Weltlage anpassen.

³⁹ Endres, „Wirtschaftspolitische...“ (s. o. Anm. 22), S. 270.

⁴⁰

⁴¹ Mark-Ungericht, „Der Kampf...“ (s. o. Anm. 11), S. 255.

⁴² Der Chefökonom der Deutschen Bank in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau, Nr. 20, 24. Januar 2008, S. 3.

⁴³ Brunnengräber, Achim/Simon Wolf, „Der europäische Klima-Kapitalismus“, in: Informationsbrief Wirtschaft und Entwicklung, Nr. 3-4 (März/April) 2008, S. 4.; dazu die differenzierte Kritik von Udo Müller, „Umweltpolitik“, in: Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1996, S. 1109-1120.

⁴⁴ Einen konzeptiven Militär- und Sicherheitsideologen nenne ich, wer öffentlichkeitswirksam Fehlmeinungen vertritt, um klassengesellschaftliche Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zu rechtfertigen.

⁴⁵ Erstmals bewertet der 4. IPCC-Bericht die Klimafolgen bei der künftig erwarteten Temperaturerhöhung bis 2100. In den nächsten 30 Jahren rechnen der Weltklimarat mit einem Anstieg der Temperaturen um rund 0,7 Grad Celsius. Sollte die Durchschnittstemperatur in diesem Jahrhundert jedoch um mehr als zwei Grad oder sogar um mehr als drei Grad über vorindustrielles Niveau ansteigen, wäre die menscheitsgefährdende Veränderung der Biosphäre irreversibel. Um zu verhindern, dass die globale Temperatur um mehr als 3 Grad über das vorindustrielle Niveau ansteigt, müsste der CO₂-Gehalt der Atmosphäre bei 450 ppmv (parts per million volume/10⁻⁶) stabilisiert werden. Tatsächlich aber nimmt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre exponentiell zu (mehr als 2 ppm jährlich), die kritischen 450 ppm mithin bereits in 35 Jahren überschritten.“ Der Sachstandsbericht (AR4) des IPCC (2007) über Klimaänderungen: Wissenschaftliche Grundlagen, stellt den aktuellen Kenntnisstand zu den wissenschaftlichen Grundlagen der Klimaänderung dar und ist der erste von drei Teilbänden des 4. Sachstandsberichts; in: www.bmbf.de/pub/IPCC_kurzfassung.pdf.

Eine der ersten Analysen der „neuen Bedrohungen“ lieferten 1990 Sachverständige aus „Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, sowie Verwaltung, Parlament und Publizistik“ in einem *Expertenbericht*. Darin las man: „Die politischen Umwälzungen in Osteuropa und Deutschland“ hätten die „Rahmenbedingungen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend gewandelt.“ Es zeichneten bereits sich „neue Herausforderungen zum Teil globaler Natur ab“ - Umweltbedrohungen etwa -, „die heute [1990!] die Sicherheit Europas gefährden“.⁴⁶ Dies Gefährdungskonstrukt war eine gezielte Irreführung der an raschen umwelt- und friedenspolitischen Fortschritten interessierten Öffentlichkeit. Denn die NATO hatte bereits 1969 - auf dem Höhepunkt der *US-Umweltkriegsführung* in Vietnam und im Vorfeld der *Ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen*⁴⁷ -, einen *Umweltausschuss* (CCMS)⁴⁸ gegründet.

Er sollte einen Handlungsrahmen zur Bewältigung der „weltumspannenden ökologischen Krise“⁴⁹ erarbeiten. Die frühe Beschäftigung der NATO mit weltökologischen Problemen hatte damals zwar vor allem militärstrategische, aber auch innen- und außenpolitische, wissenschaftliche, stabilitäts- und sicherheitspolitische Gründe.⁵⁰

Die konservative Bundesregierung veränderte zwischen 1990 und 1992 den Verteidigungsauftrag der *Bundeswehr*. Die Zielrichtung des neuen Auftrags formulierte sie im Januar 1992: „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität; die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.“⁵¹ Diese Aufgabenstellung, ökonomische Interessen ´im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung´ mit Militär abzusichern, zeigte die umfassende Neuorientierung klar.⁵² Die friedenspolitische Brisanz dieses Strategiewechsels bestand darin, dass der „Verteidigungsbegriff gegen den Interessenbegriff als zentrale Kategorie der künftigen Aufgabendefinition der Bundeswehr“⁵³ ausgetauscht wurde.

Rechtzeitig zu Verhandlungsbeginn der Klimarahmenkonferenz setzten die US-Militärs „environmental degradation“ beziehungsweise „environmental stress“ auf ihre „new global agenda“.⁵⁴

1994 prognostizierte die *National Security Strategy* (NSS) „der zunehmende Konkurrenzkampf [sic!] um die ´freien´ Güter sauberes Wasser, saubere Luft, ergiebige Fischgründe und Ackerland könne weltweit zu politischen Instabilitäten führen.“⁵⁵ Der nächste Schritt führte zur Gründung einer Unterabteilung für *Environmental Security* im *Pentagon*. Ihr Auftrag: „Umweltverantwortliches Handeln durch militärische Einheiten sicherzustellen, wo auch immer sie seien; angemessenen Zugang zu Land, Luft und Wasser sicherzustellen, um einen

⁴⁶ Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hrsg., Bericht einer Expertengruppe: Beobachtungssatelliten für Europa, Bonn 1990, S. 1.

⁴⁷ Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm (5-16. Juni 1972), „Resultate“, in: Beiträge zur Umweltgestaltung, Bd. A 10, Berlin (West) 1973, S. 159-239.

⁴⁸ Akronym für Committee on the Challenges of Modern Society.

⁴⁹ NATO, Hrsg., Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise, Brüssel 1971, S. 35: „Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen [!], gibt es in der Menschheitsgeschichte [...] kein Vorbild. Diese Form der Zusammenarbeit erfordert neue Arten von Bündnissen, damit die konzentrierte Kraft aller Beteiligten gegen den drohenden Umweltverfall eingesetzt werden kann.“

⁵⁰ Krusewitz, Knut, Umweltkrieg. Militär, Ökologie und Gesellschaft, Kronberg 1985, S. 17-47.

⁵¹ Bundesminister der Verteidigung, Hrsg., Verteidigungspolitische Richtlinien, veröfftl. Manuskript, Bonn 1992, S. 16.

⁵² Bald, Detlev, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte (1955 – 2005), München 2005, S. 144f..

⁵³ Mutz, Reinhard, „Schießen wie die anderen? Eine Armee sucht ihren Zweck“, in: Dieter S. Lutz, Hrsg., Deutsche Soldaten weltweit?, Reinbek 1993, S. 22.

⁵⁴ White House, ed., National Security of the United States of America, Washington DC 1991, Chapt. VI.

⁵⁵ Clinton, William J. A National Security Strategy, Washington D.C. 1994, S. 15.

Verteidigungsauftrag durchführen zu können; zu verstehen, wann die Umweltbedingungen zur Instabilität beitragen und wie die Umwelt in den Zusammenhang von Krieg und Frieden hineinpasst; verteidigungsbezogene Belange in die Entwicklung nationaler Sicherheit einzubringen; zu untersuchen, wie Verteidigungskomponenten als Instrumente der globalen US-Umweltpolitik dienen können.“⁵⁶

Im Jahre 1995 setzte die US-Regierung das Thema *environmental security* (Umweltsicherheit) auf die NATO-Agenda, worauf der *Nordatlantikrat* empfahl, im Rahmen des CCMS eine Pilotstudie über *Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext* erarbeiten zu lassen. Ihr Abschlussbericht propagierte das US-Verständnis von globalisierten Umweltgefahren. Deshalb avancierte die Pilotstudie rasch zur Referenzstudie. Mit ihr beeinflusste die NATO dann die sicherheits- und friedenspolitische Diskussion in zahlreichen Staaten und innerhalb der europäischen Union.⁵⁷

4.2 Klima- als Sicherheitspolitik nach Kyoto

In den USA entdeckte die CIA ein Jahr nach Kyoto, „that many threats to world peace today are a result of environmental problems.“⁵⁸

In der Bundesrepublik Deutschland versicherten Militärs und Verteidigungspolitiker zwei Jahre nach Kyoto, sie würden zukünftig Sicherheitspolitik als „dynamisches Zusammenspiel von politischen, wirtschaftlichen, völkerrechtlichen, ökologischen, sozialen, kulturellen und militärischen Elementen“⁵⁹ betreiben. Bis zu klimapolitisch begründeten Interventionskriegen zur Verteidigung neoliberaler Sicherheitsinteressen war es da nicht mehr weit.

EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und EU-Chefdiplomat Javier Solana erklärten kürzlich in einem klimapolitischen Positionspapier, das sie an die Staats- und Regierungschefs der EU adressierten, den *Klimawandel* zum „Bedrohungs-Multiplikator“.⁶⁰ Auf dies „neue Sicherheitsrisiko“ sollen die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Verstärkung ihrer „militärische[n] Planungen [!] und Kapazitäten [!]“ reagieren.⁶¹

Wer annimmt, die Militarisierung der globalen Klimapolitik sei allenfalls ein Thema für berufsmäßige Bedrohungs- und Sicherheitsanalytiker, der irrt. „Zahlreiche internationale und regionale Einrichtungen, darunter die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben sich des Themas angenommen und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten Fragen der Risiken von Umweltveränderungen, ihres Konfliktpotentials und der Konfliktprävention sowie entsprechende institutionelle Verankerungen aufgegriffen.“⁶²

Verkehrung der Ursachen.

Anscheinend planen mächtige politische, ökonomische und militärische Instanzen vorgeblich friedlicher westlicher Demokratien, die humanitären *Folgen* des Klimawandels nur noch

⁵⁶ Ruff, N./R. Chamberlain/A. Cousteau, „Report on Applying Military and Security Assets to Environmental Problems“, in: Environmental Change and Security Report, No.3, Spring 1997, S.83.

⁵⁷ Lietzmann, Kurt M./Gary D. Vest, Environment and Security in an International Context, Final Report of the NATO-Committee on the Challenges of Modern Society, Report No. 232, Brussels 1999; Alexander Carius/Eileen Petzold-Bradley/ Stefanie Pfahl, Umweltpolitik und nachhaltige Friedenspolitik. Ein neues Thema auf der internationalen Agenda, Internet: www.bpb.de/publikationen/RW38NU.html.

⁵⁸ CIA, Environment Report vom 15. Mai 1998, in : Internet www.fas.org/irp/news/1998705/980515-cia, S. 1

⁵⁹ Bundesministerium der Verteidigung, Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 156.

⁶⁰ Darüber berichteten zuerst die Financial Times Deutschland: „EU warnt vor Krisen wegen Klima“, www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/print.

⁶¹ Kornelius, Stefan, „EU: Klimawandel ist Sicherheitsrisiko“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 58, 8. März 2008, S. 8.

⁶² Ecologic, Umwelt und Sicherheit: Forschungserfordernisse und Forschungsprioritäten, Berlin 1999, S. 48f.

marktökonomisch *und* militärisch zu mindern. Weil dann aber die herrschenden Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen nicht als wesentliche *Ursache* des Klimawandels erscheinen dürfen, müssen die Veränderungen des Klimasystems zur Bedrohung des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells erklärt werden.

4.3 Immanente Kritik

Diese Entwicklung war für bedeutende westliche Institutionen vorhersehbar.

1994 warnte die damalige EU-Kommission davor, die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa „auf die ganze Welt“ auszudehnen, weil die Erde nicht „ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen“ bereit stellen könne. Die Kommission machte „die damit [!] zusammenhängenden Formen der Umweltschädigung“ für die Bedrohung [!] des natürlichen Gleichgewichts des Klimas verantwortlich. Und sie prognostizierte „weltweite Verteilungskämpfe“, „falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends“ durch ein „tauglicheres Wirtschaftsmodell“ umzukehren.⁶³

Eine ähnlich selbsteinsichtige Position vertraten bereits fünfzehn Jahre vorher zwei US-Behörden, der *Council on Environmental Quality* und das *Department of State*. In dem von ihnen herausgegebenen Report *Global Future*, der Fortschreibung des weltweit verbreiteten Berichts *Global 2000*, las man: Die „USA als großer Ressourcenverbraucher der Welt“ haben „eine Verpflichtung, ihre eigenen Tätigkeiten zu überprüfen und ihre Politik und Programme in angemessener Weise in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen.“⁶⁴ Solche Tätigkeiten „umfassen Handlungen mit außergewöhnlich schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesundheit oder die Umwelt im Ausland, Handlungen mit Auswirkungen auf völlig unbeteiligte Länder“ sowie „Handlungen mit Beeinträchtigungen der globalen Umwelt, die allen gemeinsam gehört [!].“⁶⁵

Die radikalste Kritik übte 1983 ein Bericht der *Organization for Economic Cooperation and Development* (OECD) „Viele der Umwelt- und Ressourcenprobleme auf Weltebene ergeben sich hauptsächlich aus den Produktions- oder Konsumstrukturen oder aus der Technologie der Länder der OECD. [Die] meisten Ressourcenprobleme, auf die die Entwicklungsländer sehr schnell treffen, ergeben sich aus der Wirtschafts- und Handelspolitik und aus anderen Politiken der Länder der OECD.“⁶⁶ Die OECD warnte damals: Die stetige Zunahme der CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre hätte „innerhalb des nächsten Jahrhunderts so große klimatische Veränderungen zur Folge“, dass „es weltweit zu wesentlichen physikalischen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen kommen würde.“ Da die Mitgliedstaaten der OECD Anfang der 1980er Jahre „für ungefähr zwei Drittel der gesamten CO₂-Emissionen verantwortlich“ waren, sei es „hauptsächlich Sache der OECD-Länder“, die „zukünftigen Auswirkungen zu vermeiden.“⁶⁷

Die zitierten Kritiken lesen sich über weite Passagen wie ein Gegenprogramm zu den Bedrohungsanalysen des *Sicherheits-Kartells*. Sie verkürzen die Veränderungen des Klimasystems nicht auf ihre natur- und informationswissenschaftlich ermittelten Daten und blenden dadurch die krisenverursachenden Eigentums-, Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse, sozialen Konflikte, Weltmarktkonkurrenz oder Kriege nicht aus, kurz

⁶³ Europäische Kommission, Hrsg., Weißbuch über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Luxemburg 1994, S. 176.

⁶⁴ Bechmann, Arnim/Gerd Michelsen, Hrsg., GLOBAL 2000: Die Fortschreibung des Berichts an den Präsidenten, Freiburg 1981, S.173.

⁶⁵ Bechmann/Michelsen, Global... (s. o. Anm. 60), S. 171.

⁶⁶ OECD, Hrsg., Wirtschaft und Umwelt. Die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, Berlin 1983, S. 13

⁶⁷ OECD, Hrsg., Wirtschaft...(s. o. Anm. 64), S. 17 ff.

all das, was zur friedenswissenschaftlichen Identifizierung der globalen Klimagefahren beiträgt.

5. Militärischer Griff nach dem Weltklima

5.1 Verdrängung des Kriegs als Klimagefahr

Von friedenswissenschaftlichem Belang ist nicht nur die Militarisierung der Klima*politik*, sondern auch die Militarisierung des Klimasystems und des erdnahen Weltraums. Infrastruktur und Übungsgebiete für nukleare und konventionelle Militärarsenale beanspruchen die Nutzung der Kontinente, der Weltmeere, des Klimasystem und des Weltraum. Die permanente Bereitschaft zur weltweiten Kriegsführung erfordert stetig wachsende Aufwendungen für satellitengestütztes Monitoring aller denkbaren Schlachtfelder.

Angesichts dieser Entwicklung lässt sich die Frage unschwer beantworten, warum der westliche Wissenschafts-, Politik- und Medienbetrieb seit geraumer Zeit zwar den *Klimawandel als Kriegsgefahr* thematisiert⁶⁸, den *Krieg als Klimagefahr* aber verdrängt, obwohl die Wetter- und Klimamodifikation⁶⁹ seit Jahrzehnten eines der bevorzugten militärischen Forschungs- und Betätigungsfelder ist.

Diesen Befund will ich am Beispiel der *Wetterkriegsführung* illustrieren, eines besonders beeindruckenden Beitrags des Militärs zum besseren Verständnis des Klimawandels.

5.2 Wetter- und Klimamanipulation

1960 veröffentlichte das *U.S. Naval Institute* einen Beitrag zur Bedeutung der Wetterkriegsführung. "The question is no longer: Will mankind be able to modify the weather on a large scale and control the climate [but] which scientists will do it first, American or Russian? The ability to control the weather and climate will become America's and the Free World's key to survival".⁷⁰

Die Möglichkeit zur Wetterkriegsführung bot sich der US-Luftwaffe während des Vietnamkrieges. Zwischen 1966 und 1972 versuchte sie rund 2 700 Mal, das Wetter in Indochina zu manipulieren. Erste künstliche Regenfälle wurden in Geheimaktionen über Laos als Kriegswaffe erprobt (1965), dann von 1967-1972 über Süd- und Nordvietnam.⁷¹

Nach jahrelangem Leugnen gab das Pentagon zu, in den Jahren 1965 -1972 im Grenzgebiet von Vietnam über dem 'Ho-Chi-Minh-Pfad' mit Erfolg Regenbomben abgeworfen zu haben, um den Nachschub der Nordvietnamesen zu unterbrechen. „47 409 Nebelpatronen aus Leichtmetall, nur 4 cm lang, mit einer Silberjodidfüllung und einem Brandsatz wurden abgeworfen. Dadurch wurde der Monsunregen so verstärkt, dass der Pfad unpassierbar war. Ein Zusammenhang mit einer Überschwemmungskatastrophe 1971 in Nordvietnam mit zahlreichen Deichbrüchen wurde bestritten.“⁷²

Das Interesse des US-Militärs, Wetter und Klima als Waffe zu nutzen, stieg seither ständig.

⁶⁸ Beispielhaft: Gustav. W. Sauer, „Wie der Treibhauseffekt die Kriegsgefahr verschärft“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 247, 24. Oktober 1997, S. 12; Harald Welzer, Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main 2008.

⁶⁹ Die Unterscheidung zwischen Wetter- und Klimamodifikation ist eine völkerrechtliche, keine naturwissenschaftliche Vereinbarung.

⁷⁰ Kotsch, William S., „Weather Control and National Strategy“, in: U.S. Naval Institute Proceedings, July 1960, S. 76.

⁷¹ Westing, Arthur H., Ecological Consequences of the Second Indochina War, Stockholm 1976, S. 55 f.

⁷² Moll, Walter L. M., Taschenbuch für Umweltschutz, Bd. III: Ökologische Informationen, Darmstadt 1980, S. 30 f.

1975 befasste sich die Harvard-Professorin Edith Brown-Weiss mit einschlägigen Forschungsprojekten und verwies auf eines der U.S. *Advanced Research Projects Agency* des Pentagon, das modellhaft Beziehungen zwischen globaler Klimabeeinflussung, Klimaveränderungen und Folgen von Klimaveränderungen darstellbar machen sollte.⁷³

Inzwischen dürfte das Projekt der US-Airforce *Owning the Weather in 2025* den fortgeschrittensten Stand der Wetterkriegsforschung repräsentieren. Projektziel ist der Erwerb von Mitteln und Fähigkeiten zur geophysikalischen Kriegsführung, zur Wetterkriegsführung über dem Territorium des Gegners. „In 2025 US aerospace forces can own the weather by capitalizing on emerging technologies. [...]. Such capability offers the war fighter tools to share the battlespace in ways never before possible.“⁷⁴

Wer den Griff nach dem Weltklima mit Methoden und Mitteln der Wetterkriegsführung fördert, kann das Weltklima nicht in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen des Friedens und der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nutzen. Er kann das Weltklima in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen der neoliberalen Klimapolitik nur planvoll zerstören.

⁷³ Brown-Weiss, Edith, „Wettermanipulation als Waffe“, in: Freimut Duve, Hrsg., *Technologie und Politik*, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 48.

⁷⁴ House, Tanzy J., et.al., *Wheather as a Force Multiplier: Owing the Weather in 2025*, im Internet: www.au.af.mil/au/2025.